

Griechenland ist überall¹

Griechische Verhältnisse in unseren Kommunen und der Irrweg Europas

Wilhelm Neurohr

Verschuldete Staaten halten das Finanzsystem aufrecht

Seit 5 Jahren beschäftigt uns nun schon, infolge der globalen Banken- und Finanzkrise 2007/2008, die sogenannte „Schuldenkrise“ der südeuropäischen Länder, kulminierend oder gipfelnd in Griechenland. Noch länger beschäftigt uns die anhaltende Schuldenkrise der Städte und Gemeinden infolge unzureichender Einnahmen, und zwar seit 10 bis 15 Jahren, teilweise schon seit 20 bis 25 Jahren. Überall soll der Krise begegnet werden mit Einschränkung der Demokratie, mit Abbau der Sozialleistungen und der öffentlichen Infrastruktur, mit Stellenabbau und Lohnverzicht, mit finanziellen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, - umso mehr, je weniger Einkommen und Vermögen sie haben. Nie zuvor in der Geschichte des Kapitalismus haben sich die Staaten und Kommunen in einer so kurzen Zeitspanne dermaßen verschuldet wie seit dem Ausbruch dieser neuen Weltwirtschaftskrise 2007/2008, die tatsächlich eine Kapitalismuskrisis und eine Demokratiekrisis ist, also eine wirtschaftliche und politische Systemkrise.

Die Finanzkrise privater Bankrotteure wird zu einer Schuldenkrise souveräner Staaten. Das globale Finanzsystem lebt nur noch dank Staatshilfe. Mit Milliardenzahlungen und -bürgschaften sollen die Steuerzahler den Steuerflüchtigen helfen. Dabei wird eine Selbstverständlichkeit beharrlich übersehen:

¹ Es handelt sich um das von der Redaktion gekürzte Autoreferat eines Vortrags, den W. Neurohr am Mittwoch, 24. Oktober 2012 im Kommunikationszentrum „Börse“ in Wuppertal bei einer Veranstaltung von Paritätischem Bildungswerk NRW und attac gehalten hat.

Staaten und Kommunen sind keine betriebswirtschaftlichen Unternehmen

Staaten und Kommunen sind laut Verfassung Rechtsgemeinschaften, also gerade keine betriebswirtschaftlichen Unternehmen. Dennoch ist täglich die Rede davon, dass unseren Städte und Gemeinden ebenso wie den Staaten in Südeuropa, allen voran Griechenland, mit ihren öffentlichen Haushalten quasi die Insolvenz, die Pleite oder der Bankrott drohe. Den im Grunde unterfinanzierten Staaten und Kommunen werden drastische Spardiktate gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung auferlegt, um die öffentliche Verschuldung abzubauen, ohne nach deren eigentlichen Ursachen und Urhebern zu fragen, geschweige nach den Konsequenzen des Kaputtsparens. Die betroffenen Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet z.B. haben notgedrungen ihre Investitionstätigkeit halbiert, mit verheerenden Folgen für die lokale und regionale Wirtschaft: Wenn alle ökonomischen Akteure nur noch sparen, wird das Staatsdefizit am Ende größer statt kleiner. Es beginnt der Teufelskreis der sinkenden Steuern und Nachfrage, der sinkenden Löhne und ausbleibenden Investitionen. Das erleben wir gerade in Griechenland. Wir haben die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise 1929 in Sachen Rezession und Depression nicht wirklich gezogen. In einer derartigen Finanzkrise darf nicht nur der Rotstift angesetzt werden. Man müsste fragen: Wie viel Sparen verträgt ein Land - oder eine Stadt?

Ökonomie vor Demokratie

Schuld an der „Schuldenkrise“ waren Bankenrettungsprogramme, die mit dem Einsatz von Steuergeldern in schwindelerregender Höhe die Staatsschulden weiter nach oben trieben. Und wo ein Schuldner, da auch ein Gläubiger. Die an den Schuldner und deren Zinszahlungen gut verdienenden Gläubiger-Banken haben ein Geschäftsinteresse an der Verschuldung von Staaten und Kommunen. In der Folge steigen auch die Privatschulden der von einschneidenden Sparprogrammen betroffenen Bevölkerung. Damit geraten wir in eine Demokratie-Krise. Dazu stellen sich gleich vier Fragen:

1. Wie ist es möglich, dass Rechtsgemeinschaften bankrott gehen, deren Verfassungsauftrag es ist, sich um Recht und Gerechtigkeit zu kümmern, um das Wohl und die Daseinsvorsorge der Bevölkerung, um ihre Sicherheit und ihre soziale Versorgung? (Deshalb garantiert ihnen ja die Verfassung Bestandsschutz und eine steuerliche Finanzierungsgrundlage - gibt ihnen also nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Steuern für die Gemeinschaftsaufgaben zu erheben. Und zwar auch von den Eigentümern, die vom Eigentum ja laut Grundgesetz, Art. 14, einen zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienenden Gebrauch machen sollen.

2. Warum wurde die staatliche Finanzierung des Gemeinwohls durch erforderliche Steuereinnahmen, wie es ein halbes Jahrhundert und länger funktioniert hat, immer mehr abgeschafft, während stattdessen das Anwachsen von privatem Reichtum durch die

öffentliche Armut aufgrund von Steuerverzicht gefördert wird?

3. Wie konnte es dazu kommen, dass sich Staaten und Kommunen für einen wirtschaftlichen Wettbewerb nach dem marktradikalen Konkurrenzprinzip missbrauchen lassen, indem sie ihre eigenen gemeinwohlorientierten Leistungen einem betriebswirtschaftlichen Diktat unterwerfen - und einer Marktbeurteilung durch kommerzielle Rating-Agenturen der Finanzmärkte?

4. Und wie konnte es schließlich dazu kommen, dass Staaten und Kommunen zu Schuldner der Gläubiger-Banken wurden, mit erdrückenden Zinsbelastungen, aber mit der gleichzeitigen Selbstverpflichtung, dieselben privaten Banken im Bedarfsfall auch noch mit öffentlichen Steuergeldern zu retten?

Seit den 80er und 90er Jahren, mit dem verheerenden Feldzug des Neoliberalismus und seiner Steigbügelhalter in der Politik, ist das Demokratieprinzip schleichend vom Ökonomieprinzip abgelöst worden. Damit haben sich auch die Machtverhältnisse geändert, gemäß dem alten Sprichwort: „Geld ist Macht“ oder „Geld beherrscht die Welt“. Das Geld wurde stärker als schon zuvor über seine Funktionen als Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel, Maß der Werte und Kommunikationsmedium der Ökonomie hinaus selber zur handelbaren und vermehrbaren Ware, losgelöst von der Realwirtschaft - und damit in seinen sozialen Funktionen geschwächt. Es wurde zum Spekulationsobjekt. Einige wenige erlebten eine Geldschwemme, während den Bedürftigen das Geld entzogen wurde, bis hin zur öffentlichen Armut von Staat und Kommunen. Die Sphäre des Rechtslebens vermischte sich in zuvor nicht gekanntem Maß mit derjenigen des Wirtschaftslebens. Die Notwendigkeit einer neuen Geld- und Wirtschaftsordnung wurde indes auf politischer Ebene nicht erkannt, weil man die Probleme, die man selber mit heraufbeschworen hatte, in ihrer Komplexität nicht mehr durchschaute. Folglich werden keine ganzheitlichen Lösungskonzepte verfolgt, nicht einmal ernsthaft diskutiert.

Politische Repräsentanten als „Diener der Wirtschaft“

Und Spitzenpolitiker hören nicht auf, diesen Kurs zu verteidigen. Ex-Kanzler Gerhard Schröder hatte schon vor seinem ersten Amtsantritt 1989 verkündet: Der Staat habe der Wirtschaft zu dienen. Seine Nachfolgerin, Kanzlerin Angela Merkel, die den Griechen die gleichen Rezepte vorschreiben will, sprach jüngst mit Blick auf die Finanzmärkte davon, dass „die Demokratie marktkonform umgestaltet“ werden müsse - wenn man so will: „Ein Putsch von oben“. Das neueste Forschungs-Projekt der Bertelsmann-Stiftung spricht demgemäß nur noch von „Marktdemokratie“. Und Merkels Herausforderer, SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hielt dem zwar entgegen: Das Marktgeschehen müsse demokratiekonform umgestaltet werden, doch betrachtet er die Agenda-Politik nach wie vor als alternativlos und hält seine hochdotierten Vorträge vor Banken, Versicherungen und Unternehmen sowie sein Auf-

sichtsratsmandat beim Stahl- und Rüstungskonzern Thyssen-Krupp für unbedenklich.

Wir brauchen in Deutschland keinen bloßen Personenwechsel oder Machtwechsel - Macht ist kein Selbstzweck! - sondern einen Politikwechsel: Denn mit Gedanken und Personen, die die Verursacher der Probleme waren, lassen sich dieselben nicht lösen, - ebenso wenig wie mit der Steigerung deutscher Waffenexporte um 37%. Deutschland glaubt ja als Exportweltmeister, es könne in der Krise als einzelner Staat auf Kosten anderer mit seinen Exportüberschüssen und seiner Niedriglohnpolitik, den Kopf aus der Schlinge ziehen. Damit hat es seine Nachbarn wie Griechenland an den Bettelstab gebracht, um jetzt dem bettelarmen Land mit inzwischen 24% Arbeitslosigkeit neoliberale Spardiktate zu verordnen.

„Schuldenländer“ übertrumpfen sich gegenseitig

Dabei sind andere Staaten, die Griechenland (mit einer Schuldenquote von 160%) Vorschriften machen, selber auch erheblich verschuldet (nicht zuletzt durch unnötigen freiwilligen Einnahmeverzicht): - Die Schuldenquote der Euro-Länder liegt im Durchschnitt bei 83% (d. h. 23% oberhalb der Euro-Konvergenzkriterien von 60%), Italien liegt sogar bei 100%, Deutschland bei immerhin 70%, Großbritannien bei 82%. - Die USA haben eine Schuldenquote von 99%, Japan sogar von 175 % und Großbritannien von 82%.

Trotzdem ist es der falsche Weg aus einer Finanzkrise, bloß Ausgaben zu kürzen. Es braucht neue Gedanken und Taten für realistische Lösungsansätze. Nur aus der Zivilgesellschaft kommt einstweilen der Ruf, ein solidarisches Europa neu zu begründen. Die Politik läuft den Ereignissen hinterher und hat nur einen Bruchteil der auf den G-20-Gipfeln nach der Finanzkrise propagierten Regulierungsmaßnahmen umgesetzt. Niemand traut sich, das Übel an der Wurzel zu packen, ja diese Wurzel wird vielfach immer noch nicht erkannt.

Die Krise als Krankheitssymptom unserer Gesellschaft

Man begreift immer noch nicht, dass nicht alles zur verkäuflichen und handelbaren Ware degradiert werden darf, schon gar nicht das Geld selber als Zahlungsmittel. Die Verquickung der öffentlich-rechtlichen Institutionen (z. B. Zentralbank) mit den gewinnorientierten Finanzunternehmen verstärkt den Geldfluss aus den Früchten der Geldschöpfung zugunsten einer kleinen Schicht von Begüterten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Grundversorgung eines jeden Bürgers ist nachweislich finanzierbar und wäre ein gutes Konjunkturprogramm. Dank vereinfachter verbrauchsabhängiger Steuern könnte jeder seinen Konsum eigenverantwortlich mitsteuern, ohne in Abhängigkeit von demütigenden Sozialhilfeanträgen zu geraten. Arbeit und Einkommen

müssten entkoppelt werden. Ein Grundeinkommen für alle würde zu einer gerechteren Finanzarchitektur beitragen. Denn nur das Teilen macht alle reich.

Arbeitslosigkeit, Finanzmarktkrise, Armutsentwicklung und die weltweite Ernährungskrise hängen zusammen: Sie sind Krankheitssymptome unserer Gesellschaft und Ausfluss unseres falschen, nicht bedarfsorientierten Wirtschaftens. Mit dem Verfälschen des Geldwertes ist auch das Wertesystem der Gesellschaft insgesamt in eine völlige Schiefelage geraten. Die Staaten als Rechtsgemeinschaften sind in ihrer Kernsubstanz bedroht.

Notwendiges Umdenken nach assoziativen Gesichtspunkten

Wir müssen das Wirtschaftssystem von Grund auf neu denken, müssen komplett umdenken in Bezug auf Geld, auf Boden und auf Arbeit als „verkäufliche Ware“. Unsere Wirtschaft mit ihren anonymen Märkten ist von struktureller Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Ganzen geprägt: Ein gesundes Wirtschaftsleben muss sich dagegen notwendigerweise nach assoziativen Grundsätzen entwickeln, die auf konkreten menschlichen Beziehungen zwischen Produzenten, Händlern und Konsumenten basieren - also nicht nach dem Grundsatz der größtmöglichen Profits. Vor allem das Preisproblem müsste in den Mittelpunkt des ökonomischen Denkens rücken, in assoziativem Interessenausgleich müsste ein gesundes Preisgefüge ermöglicht werden. Nur so kann der Wert der Ware in ein gesundes Verhältnis zum menschlichen Bedürfnis treten. Wir müssen endlich wirklich begreifen, dass die Wirtschaft für den Menschen da sein muss und nicht umgekehrt, und uns demgemäß verhalten.

Europäisches Demokratie- und Sozialmodell in Gefahr

Die heutige Politik geht jedoch einen anderen Weg. Durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen stellen sich Staat und Kommunen selber in Frage - und auch die kommunale Selbstverwaltung vor Ort als unterste Demokratie-Ebene. Der Staat ist erpressbar geworden, die Politik lobbyhörig und damit korruptionsanfällig. Eine Bundestagsmehrheit verweigert sich derzeit der Ratifizierung der von 161 Staaten anerkannten UN-Konvention gegen Abgeordnetenbestechung - im Gleichklang mit Staaten wie Nordkorea und Syrien. Auch der oppositionelle Vorstoß für Transparenzregeln bei Nebeneinkommen von Abgeordneten stößt auf Widerstand, der mit den fadenscheinigsten Argumenten begründet wird: Der „gläserne Abgeordnete“ sei nicht gewünscht, diese Art von Transparenz widerspreche außerdem den „parlamentarischen Gepflogenheiten“. Elementare Bereiche der Daseinsvorsorge werden ausverkauft und weite Bereiche der Sozialsysteme eingeebnet. Kinderarmut, Altersarmut, Frauenarmut bei Alleinerziehenden, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind die Folge. Der soziale Zusammenhalt einer solidarischen Gesellschaft geht zunehmend verloren, vor Ort in den Kommunen

genauso wie bundes-, europa- und weltweit. Damit steht auch die Sinnhaftigkeit der EU, die einmal angetreten war, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern, in Frage. EU-weit haben wir heute die höchsten Arbeitslosenquoten und Armutsquoten seit Gründung der Gemeinschaft. Das einstige Friedensprojekt wird zum Projekt sozialen Unfriedens. Trotz der von der Politik versprochenen „Bekämpfung der Armut“ geht die Einkommensschere in Deutschland weiter auseinander als in allen anderen EU- und OECD-Ländern. In unseren Städten entstehen neue Armutsviertel. Die Vermittlungsquote für Langzeitarbeitslose ist schlechter denn je. Die Agenda 2010 ist nachweisbar der Ausgangspunkt und der Grund für die Beschleunigung der Armutsentwicklung in unserem Land. Sie war der Einstieg in prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Lohndumping.

Was die EU angeht, so ist ihr neoliberales Fundament im Lissabon-Vertrag, der den gescheiterten EU-Verfassungsvertrag ersetzt hat, festgeschrieben worden und zugleich die schon Jahre zuvor beschlossene „Lissabon-Strategie“. Mit ihr erhob EU-Europa den Anspruch, im Wettbewerb der Kontinente und Märkte zum erfolgreichsten Binnenmarkt der Welt zu werden, - und sei es mit militärischer Sicherung der auswärtigen Rohstoff- und Energievorkommen und der Handelswege von und nach Europa (siehe EU-Militärdoktrin GASP und das Bundeswehr-Weißbuch). Es geht offenbar um die Fortsetzung der marktradikalen Politik mit militärischen Mitteln. Mittlerweile haben Rüstungsproduktion und -exporte Deutschlands und Europas eine historischen Gipfel erreicht, sind weit größer als zu Zeiten des kalten Krieges. Im deutschen Bundeshaushalt ist mit über 30 Mrd. EUR mehr Geld für Militär und Rüstung eingestellt als für sämtliche Ausgaben von Bildung, Forschung und Kultur, von Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung, sowie für Verkehr, Städtebau und Wohnen zusammen. Kein anderes NATO-Land außer den USA gibt in Relation zur Wirtschaftskraft so viel Geld für Rüstung aus wie Griechenland, nämlich 5 - 6 Mrd. EUR das sind 4,3% des BIP (der Durchschnitt der OECD-Industrieländer beträgt nur 1,7%). Nicht ohne Grund ist der exorbitante Militärhaushalt Griechenlands bei den Spardiktaten außen vorgeblieben, denn Deutschland ist der Hauptrüstungslieferant an Griechenland. Angesichts dieser Tatsache mutet die aktuelle Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU merkwürdig an.

Die Krise weitet sich aus – Griechenland ist überall

Wir sehen am Beispiel Griechenland, wohin das verkehrte Denken und Handeln führt. Bis November sollte eine weitere Tranche aus dem EU-Rettungsfond in Höhe von 100 Mrd. EUR auf einem Sperrkonto in Griechenland landen, nach bereits zugesagten 31,5 Mrd. EUR. Inzwischen warteten jedoch drei weitere Länder auf Hilfe aus Brüssel. Nämlich Spanien, dem die Eurogruppe bereits bis zu 100 Mrd. EUR zur Sanierung maroder Banken zugesagt hat, Zypern, das gerade den EU-Ratsvorsitz innehat, mit

erwarteten 15 Mrd. EUR für den mit Griechenland eng verflochtenen Bankensektor, und neuerdings Slowenien, das als bisheriger Musterschüler der Eurogruppe nun ein Pleitekandidat ist. Insgesamt haben also - mit Portugal und Irland - nun schon 6 Länder Hilfen in Anspruch genommen.

Kein anderes Industrieland hat jemals in Friedenszeiten sein Defizit binnen so kurzer Zeit derartig gekürzt wie Griechenland. Seit 2009 hat Athen Einschnitte und Steuererhöhungen in Höhe von über 20% der Wirtschaftsleistung vorgenommen. Mit dem neuen Sparpaket von 11,6 Mrd. EUR hätte das Land bereits zwei Drittel des ihm abverlangten Weges hinter sich. Den Griechen wird die 6-Tage-Woche einschließlich Samstag und der 10-stündige Arbeitstag, die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Rente mit 67 usw. vorgeschrieben.

Würde Deutschland solche Sparleistungen auf dem Rücken der Bevölkerung absolvieren müssen, gingen auch hier die Menschen massenhaft auf die Straßen. Doch unsere Städte und Gemeinden haben teilweise vergleichbare Kraftakte hinter sich und noch vor sich. Inzwischen merkt aber sogar der Internationale Währungsfonds IWF, dass die von Griechenland geforderten Maßnahmen die Konjunktur abwürgen und die Zinssteigerungen die Spareffekte wieder auffressen. Das Land ist an der verordneten Medizin noch stärker erkrankt! Darauf mit einer Erhöhung der Dosis zu reagieren, wie Frau Merkel und Herr Schäuble es letztlich wollen, ist widersinnig.

Alternativer Weg aus der Krise am Beispiel Island

Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, hat sich vor Kurzem ein anderes europäisches Pleite-Land in Europa, das kleine Island (350.000 Einwohner) ,am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen, indem es sich der neoliberalen Radikalkur des IWF erfolgreich widersetzte.² Es zog die fatale Logik der Euro-Rettungspolitik grundsätzlich in Zweifel. Die Isländer fragten: Vielleicht muss man gar nicht Milliarden in die Banken pumpen? Vielleicht ist es gar nicht notwendig, aus Sparzwang den Sozialstaat zu zerstören? Der Erfolg gibt ihnen Recht.

Um die Jahrtausendwende hatten private Banken auf Island mit staatlicher Rückendeckung das große Rad gedreht. Mit Top-Ratings und Spitzenzinsen lockten sie Kapital aus der ganzen Welt nach Island. Die Banken nahmen bei sich selbst Geld auf, indem sie über getarnte Briefkastenfirmen wiederum Bankanteile erwarben. Mit diesem Scheinkapital trieb man die Aktienkurse immer höher. Am Ende war die Bilanzsumme der Banken zehnmal so hoch wie die heimische Wirtschaftskraft. Diese Geldschwemme wurde mit billigen Krediten an die Bevölkerung weitergereicht. Luxusimmobilien wuchsen daraufhin in den Himmel. Zwei Wochen nach dem Lehmann-Crash in den USA stürzte die

isländische Krone in den Keller, und es folgte der Crash. Island war ein Euro-Krisenland. Wie bei uns riefen daraufhin die Finanzinstitute Islands nach dem Staat. Doch der entschied sich für das genaue Gegenteil der neoliberalen EU-Troika-Hilfspolitik: Während Deutschland und Europa Milliarden um Milliarden in bankrotte Banken pumpen, ließ Island die Finanzinstitute einfach Pleite gehen. Die Banken wurden zerschlagen und unter nationale Kontrolle gestellt. Für die ausländischen Forderungen erklärte man sich nicht zuständig. Sie wurden in die Obhut der Gläubiger gegeben - mit besten Wünschen für eine geordnete Insolvenz. Gleichzeitig zog man einen Schutzwall um die heimische Wirtschaft. Für inländische Guthaben wurde eine staatliche Garantie ausgesprochen. Der eigene Bankensektor wurde soweit stabilisiert, dass kein Geldautomat seinen Dienst verweigerte. Das Kapital reagierte wie überall, es floh - und die isländische Krone verlor zwischenzeitlich 80% ihres Wertes. Zurück blieben zunächst Arbeitslosigkeit, Überschuldung und gigantische Bauruinen, vor allem das Prestige-Objekt World-Trade-Center Reykjavik als Finanzzentrum des Geldadels, das die Investoren dem Staat vermacht hatten.

Doch dann begann das isländische Wunder. Der Staat kratzte irgendwie das Geld zusammen, um den Prestige-Bau der Hauptstadt in Sparversion fertigzustellen, aber nicht als Finanzzentrum, sondern als Mehrzweckhalle für die Bevölkerung, wo jetzt z.B. Chorkonzerte stattfinden. Die isländische Politik hätte der Bevölkerung einen Sozialabbau zugunsten der Bankenrettung nicht vermitteln können und der IWF war durch seine Rückschläge in Südamerika, die ihn dort jedes Renommee gekostet hatten, geschwächt. Die Isländer verhandelten deshalb hart und selbstbewusst und duldeten keine Schnitte ins soziale Netz. Sie machten sich für eine Steuerpolitik stark, die die Reichen stärker belastet. Sie widersetzten sich erfolgreich Ausgabenkürzungen im Abschwung und verordneten Kapitalverkehrskontrollen, um die Kapitalflucht aus dem Land zu stoppen. Island praktizierte also rundum das Gegenteil von dem, was der IWF und die herrschende Ökonomie als probate Krisenmedizin z.B. in Griechenland anbieten.

Demokratie als Konjunkturprogramm

Nachdem die Machenschaften der Finanzwelt nach und nach bekannt geworden waren, kamen große Menschenmengen jeden Samstag vor dem Parlament zusammen und forderten empört weitere Aufklärung. Es brannten Weihnachtsbäume und klapperten Kochtöpfe. Die „Kochtopf-Revolution“ fegte schließlich das gesamte Establishment hinweg. Man wählte demonstrativ einen Komiker in das Amt des Hauptstadt-Bürgermeisters. Islands Staatsoberhaupt erfüllte daraufhin alle Forderungen der Demonstranten, die Regierung trat zurück, ebenso der Chef der isländischen Zentralbank und die Finanzaufsicht. Island war das einzige Land, in dem der Staat seine Bürger und nicht seine Banken beschirmt hat, das also nicht auf die Finanzmärkte,

² Nachzulesen auch in: Kontext-Wochenschrift, 2. September 2012, taz-Beilage.

sondern auf die Mehrheit seiner Bürger hörte. Das Staatsoberhaupt war sehr zufrieden mit seinem umstürzlerischen Volk und dem Sieg der Demokratie über die Finanzmärkte. Den Druck „von der Straße“ betrachtet er als legitimen Ausdruck des demokratischen Souveräns. Er wurde wiedergewählt, nachdem er die sozialdemokratische Partei verlassen und eine Partei links von ihr gegründet hatte. Zugleich wurde eine Spezialeinheit für Finanzdelikte gebildet, um die Verantwortlichen für das Desaster in Haftung zu nehmen. Auch das Bankgeheimnis wurde für alle Delikte im Zusammenhang mit dem Finanzcrash aufgehoben, um so das Vertrauen der Bevölkerung allmählich wiederherzustellen. Die Finanzkrise wurde in Island also nicht nur als Wirtschaftskrise betrachtet, sondern als fundamentale Krise des politischen Systems. Eine solche Krise ist nur mit demokratischen Mitteln zu lösen, mit Demokratie als Konjunkturprogramm. Am 10. Oktober fand ein Referendum über eine künftige Verfassung statt, bei der eine Mehrheit Ja sagte zu Veränderungen zugunsten der Macht des Souveräns und stärkeren Parlamentsrechten. (Dem muss allerdings das Parlament noch zustimmen.)

Von diesem alternativen Weg aus der Krise durch zivilen Ungehorsam sollte alle Welt, vor allem aber Griechenland, alles erfahren, auch wenn die europäischen Eliten tönen, „Islands nationaler Alleingang“ sei „nicht übertragbar sei auf andere Länder“... Es wäre zu hoffen, dass es bald möglich sein wird, Artikel zu veröffentlichen, die nicht mehr „Griechenland ist überall“ heißen, sondern den Titel tragen „Island ist überall“.

Verschärfung der Krise - Griechische Verhältnisse in unseren Kommunen

Im übrigen Europa erleben wir die dramatischen Folgen der vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführten Fehlentwicklungen: Wieder trifft es die verarmten Bevölkerungsschichten und zunehmend die Mittelschichten, auf die man ebenfalls die Kosten einer verfehlten Politik abwälzen möchte. Statt durch breite Streuung des Volkseinkommens, höhere Löhne und staatliche Transferleistungen die Nachfrage und damit die Realwirtschaft anzukurbeln, wird diese immer mehr zum bloßen Anhängsel der virtuellen Finanzmärkte. Der zunehmende Reichtum für wenige spiegelt sich nicht in den Steuereinnahmen der Staaten.

Der Niedergang der Kommunen in Deutschland begann schlagartig mit der sogenannten Jahrhundert-Steuerreform von SPD-Finanzminister Hans Eichel unter Rot-Grün. Nordrhein-Westfalen beispielsweise steckt längst so tief im Schuldensumpf wie Griechenland: Der Zerfall der Städte und damit einhergehend das Ende der kommunalen Selbstverwaltung mit dem sozialen und kulturellen Kahlschlag und der zunehmenden sozialen Verelendung der schwächsten Bevölkerungsschichten nehmen deutlich sichtbar ihren Lauf. In einzelnen Ruhrgebietsstädten ist jedes 3. bis 5. Kind von Armut betroffen. Hinzu kommt noch die private Verschuldung: Fast 3 Mio. Privathaushalte sind bundesweit überschuldet. Vielen

Zahlen und Fakten zur Einkommens- und Vermögensentwicklung

- Es wird geschätzt, dass weltweit ein Drittel des globalen Geldvermögens sich in den Händen von nicht einmal 100.000 Menschen befindet, das wären 0,001% der Weltbevölkerung.
- Das Privatvermögen der reichsten Europäer, also einiger weniger tausend Milliardäre und Multimillionäre, beträgt 7 Bio. EUR. Das ist mehr als das Doppelte der 3 Bio. EUR Staatsschulden der 5 europäischen Schuldnerländer insgesamt mit 122 Mio. Bürgerinnen und Bürgern.
- Das Privatvermögen der 500 reichsten Deutschen von insgesamt 3,3 Bio. EUR, das sind 3.300 Mrd. EUR, beträgt das 11-fache des Bundeshaushaltes von 306 Mrd. EUR für 80 Mio. Bundesbürger.

Die Entwicklung der Einkommen in Deutschland zeigt:

- Die obersten 20% verzeichnen in den zurückliegenden Jahren hohe Einkommenszuwächse von 12,7%.
- Die untersten 10% haben Einkommensverluste von 5,3%.
- Die Einkommen der mittleren 70% stagnieren.
- Die Rentner haben Kaufkraftverluste von 20%, also einem Fünftel.
- Jeder 4. Arbeitnehmer ist im Niedriglohnssektor beschäftigt.
- Die Quoten für das Armutsrisiko sind je nach Personengruppe auf über 60 % für Arbeitslose und 43,3% für Alleinerziehende gestiegen, für Rentner hat sie sich vervierfacht.

Öffentliche Verarmung

- Die Staatsverschuldung in Deutschland beträgt rund 80% des Brutto sozialproduktes und beläuft sich aktuell auf ca. 2.000 Mrd. Euro, das sind 2 Bio. EUR.
- Allein das Bundesland NRW hat 172 Mrd. EUR Schulden.
- Die Kommunen in Deutschland haben insgesamt 133 Mrd. EUR Schulden

droht die Privatinsolvenz. Jeder Privathaushalt hat im Durchschnitt fast 27.000 EUR Kreditschulden für Konsumkredite und Hypothekenkredite.

Dieselben neoliberalen und lobbyhörigen Politiker, die das gefördert und zugelassen haben, spielen sich nun als Retter von Staaten und Kommunen auf mit ihren „Hilfspaketen“, vom europäischen ESM-Stabilitätsmechanismus mit einem Kapitalstock von 700 Milliarden Euro bis hin zum Stärkungspaket Stadtfinanzen in NRW mit völlig unzureichenden 3,5 Mrd. EUR bis 2020. Das Bemerkenswerte daran ist: Bei der Vergabe dieser Hilfgelder werden nicht nur irgendwelche zu erreichenden Summen als

Sparvorgaben genannt. Die einzelnen Maßnahmen und Schritte überlässt man zwar den Parlamenten. Es werden jedoch diktatorisch von oben eine Reihe von Maßnahmen konkret vorgeschrieben:

- die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen,
- der Ausverkauf öffentlicher Vermögenswerte,
- der Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst,
- die Reduzierung von Löhnen und Renten, die Kürzung von Sozialleistungen,
- die Schließung sozialer und kultureller Einrichtungen,
- möglichst der Verzicht auf Steuererhöhungen.

Banken misstrauen Haftungsgemeinschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Wie ernst die Lage ist, wird sichtbar daran, dass inzwischen sogar die sogenannte Haftungsgemeinschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen in Frage gestellt wird. Sie stoße angeblich an ihre Grenzen, so die Meinung derjenigen Banken, die den Städten und Gemeinden mit Nothaushalten neuerdings die Kassenkredite verweigern wollen. Mit der WL Bank Münster (Westfälische Landschaft Bodenkreditbank für Gewerbeflächenförderung), einer Tochter der Volks- und Raiffeisenbanken, und spezialisiert auf die Finanzierung von Kommunen, hat sich kürzlich die erste Bank entschieden, keine Kredite mehr an Kommunen im Nothaushalt zu vergeben. Die Schuldenkrise in Griechenland, Italien und Spanien hat die Banken „verunsichert“. Die Illusion, dass es bei solchen Geschäften keine Risiken gibt, ist seitdem zerstört“, sagt der bekannte Finanzwissenschaftler und Kommunal-Gutachter Prof. Martin Junkernheinrich.

Übrigens stehen auch in den USA die ersten Kommunen am Rande der Pleite, z. B. Stockton, ausgelöst durch sogenannte Zinswetten. Auch Hunderte unserer deutschen Stadtkämmerer hielten ja hochspekulative Anlageprodukte für einen genialen Ausweg aus ihren Haushaltsnöten - und verloren Unsummen. Der Filz zwischen Politik und Wirtschaft spielt sicher eine erhebliche Rolle für all diese Fehlentwicklungen.

Sanierung der Staatsfinanzen nur Vorwand?

Es geht offenbar nicht allein um die Sanierung der griechischen Staatsfinanzen, sondern um eine neoliberale Lohnkürzungssorgie auf Kosten der Kaufkraft. Viele Arbeitnehmer, Selbständige und Unternehmen verlassen Griechenland. Ein ähnlicher Trend ist auch in unseren Kommunen zu beobachten. Weil die Nothaushalts-Kommunen gezwungen waren, ihre Gewerbesteuer- und Grundsteuer drastisch zu erhöhen, gibt es erste Abwanderungstendenzen von Unternehmen und Bürgern vom nördlichen Ruhrgebiet ins benachbarte Münsterland. Die Kommunen sanieren sich zu Tode.

Der „anonyme“ Finanzmarkt hat konkrete Namen und Gesichter

Wir haben es keineswegs nur mit anonymen Finanzmärkten zu tun, sondern mit handelnden und

vernetzten Personen: Spitzenpolitiker wechseln zu Banken und Finanzunternehmen, und Spitzenbanker wechseln in öffentliche Ämter. Ohne eine weitere Verschwörungstheorie auftischen zu wollen, - die personelle Verflechtung von namhaften Spitzenpolitikern, darunter vielen Ex-Staatschefs und Ministern, mit der Hochfinanz in Europa und den USA, ist erschreckend. Im Internet hat der Autor dazu eine unvollständige Übersicht veröffentlicht.³ Die Namen aller großen Bankmanager tauchen dort ebenso auf wie die Namen der meisten ausgeschiedenen Staatschefs aus Europa und zahlreicher Minister sowie EU-Kommissare und Inhaber wichtiger öffentlicher Ämter und Funktionen.

Aufrufe an die Zivilgesellschaft

Ohne Illusionen müssen wir uns Folgendes vor Augen führen:

1. Schon in den nächsten Monaten wird die Krise unserer südeuropäischen Nachbarn auch zu unserer Krise - denn Griechenland ist überall.
2. Griechenland ist nur ein Testfall für die Schocktherapie der EU-Akteure.
3. Wir stehen vor einer weiteren Ausplünderung der Gesellschaft und der Staaten mitsamt Kommunen durch eine kleine radikale Minderheit von Banken, Spekulanten und Aktionären.

Die internationalen Finanzmärkte bewegen ein Vielfaches des Weltsozialprodukts. Auf der weiter anhaltenden Suche nach spekulativen Anlagemöglichkeiten zerstören sie weltweit die Realwirtschaft und das soziale Gefüge. Vor diesem Szenario bleiben die betroffenen Menschen erstaunlich ruhig und abwartend. Abgesehen von den Griechen, Spaniern und Portugiesen gibt es wenig Widerstand.

Die große zivilgesellschaftliche Protestaktion am 28. September unter dem Motto: „Umfairteilen“, als Bestandteil europaweiter Proteste, fand hier in Deutschland mit nur 40.000 Teilnehmenden eine eher enttäuschende Resonanz, europaweit waren es wenige Hunderttausend. Im Vergleich damit hatte die Occupy-Bewegung am 15. Oktober 2011 mehr auf die Beine gestellt, nämlich die größte Protestaktion in der Menschheitsgeschichte: In 82 Ländern dieser Welt waren 20 Millionen Menschen in über 1000 Städten zeitgleich gegen die Finanzmärkte auf die Straße gegangen - mehr noch als im Februar 2003 weltweit gegen den Irak-Krieg. Daran sollten wir anknüpfen.

Doch immer noch lässt sich trotz allen Murrens die Bevölkerung bei uns, anders als in Südeuropa, kaum mobilisieren. Trotz Politik- und Parteienverdrossenheit herrscht bei aller Skepsis und Sorge immer noch der Glaube und die Hoffnung, unsere Eliten in Regierungen, Parlamenten, Parteien und Wirtschaft würden letztendlich schon wissen, was sie tun.

Immerhin gibt es den Aufruf der Initiative von Jürgen Habermas, Elmar Altvater u.a. „Europa neu be-

³ <http://zeitfragen-info-blog.blog.de/2012/11/01/wilhelm-neurohr-staatschefs-welt-club-millionaere-milliardaere-15154650/>

gründen“ mit tausenden Unterschriften. Es gibt den Aufruf der Initiative: „Demokratie statt Fiskalpakt“ sowie die attac-Aktion: „Bank wechseln!“ Es gibt das Blockupy-Bündnis gegen ein neoliberales Europa, es gab das Treffen der Teilnehmer des europäischen Sozialforums vom 8. bis 11. November in Florenz „für ein anderes Europa“. Ferner gibt es länderübergreifende Anstöße zum Aufbau von Solidaritätskomitees. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) organisierte europaweite Protestaktionen.

10-Punkte Programm als Handlungsrahmen zur Krisenbewältigung

Wir brauchen einen ganzheitlichen Handlungsrahmen zur Krisenbewältigung. Vorschläge dazu wurden bereits im letzten Heft skizziert. Unabhängig davon, aber in ähnlicher Richtung, sind die folgenden 10 Punkte konzipiert worden:

1. Demokratie verteidigen und Lobbyismus eindämmen: Die Wiederherstellung des Demokratieprinzips und die Rückgewinnung des Primats der Politik erkämpfen, auch durch Ahndung von Korruption und stärkere Einflussnahme seitens der Zivilgesellschaft; Demokratisierung der EU.

2. Finanzmärkte regulieren und Banken entmachten: Konsequente Einführung wirksamer Kontrollen der Finanzmärkte, strengere und einflussreichere Bankenaufsicht, gesetzliche Beschränkung des Bankgeschäftes auf die eigentliche dienstleistende Kernfunktion für die Realwirtschaft, keine systemrelevanten Größenordnungen der Banken mehr zulassen (Zerschlagung der Großbanken), Vergesellschaftung der mit öffentlichen Mitteln geretteten Banken, Verbot spekulativer Finanzprodukte, Meldepflicht für Finanztransaktionen im außerbörslichen Handel, Trennung des Kredit- und Einlagengeschäftes vom Investmentbanking, Festschreibung von Obergrenzen bei Beleihung von Hypotheken; verpflichtende Milliardenanzahlungen der Banken (anstelle der Steuerzahler) in einen europäischen Rettungsfond; Einrichtung einer eigenen europäischen Rating-Agentur als unabhängige Stiftung.

3. Steuergerechtigkeit herstellen, Reichtum umverteilen und Fiskalpakt verhindern: Deutliche und gezielte Erhöhung der steuerlichen Einnahmen für Staat und Kommunen für die öffentlichen Gemeinschaftsaufgaben und zugunsten gerechter Vermögensverteilung (Aufhebung der Vermögenskonzentration), insbesondere durch höhere und gerechte Besteuerung großer Vermögen und Einkommen - vor allem auch leistungsloser Einkommen durch große Erbschaften, Spekulationsgewinne und Aktienverkäufe etc. -; Steueroasen schließen und Steuersünder aufspüren, Beseitigung von Steuerprivilegien,

Aufhebung des undemokratischen Fiskalpakts mit Zwang zum Sozialabbau. Einführung einer eigenen Kommunalsteuer für Städte und Gemeinden.

4. Staaten und Kommunen entschulden und Schuldenursachen beseitigen: „Gesellschaftspakt Schuldentilgung“ mit Lastenausgleichsfond (Umfinanzierung der Altschulden) zur radikalen Entschuldung überforderter Schuldnerländer und Kommunen durch geordneten Schuldenschnitt und durch Schuldenstreichung, vorheriges Audit über staatlichen Verschuldungsursachen und -zusammenhänge; Einführung von Eurobonds als solidarische Maßnahme (für den Finanzmarkt attraktive, niedrig verzinsten Anleihen der EU-Gruppe zur Weitergabe an bedürftige Länder gegen geringe Gebühr und Anreiz zum Abbau von Neuverschuldung).

5. Umorientierung der Sparprogramme - an richtiger Stelle sparen: Sparpotenziale bei den immensen Rüstungsausgaben ausschöpfen, bei Subventionen an die Wirtschaft und für ökologisch schädliche Produkte, bei „Rettungspaketen“ für Ansprüche privater Kapitalanleger, bei Prestige-Projekten wie Stuttgart 21 u.a.m. anstelle der Sparprogramme im Sozialbereich.

6. Investitionen anreizen und Konjunktur beleben - Marshallplan für die Krisenländer: Staatliche und europaweite Konjunkturprogramme und Investitionsanreize sowie öffentliche Investitionen in Bildungs-, Forschungs- und Infrastrukturprojekte etc. zur Belebung der Wirtschaft in den Krisenstaaten, (in Anlehnung an Marshallplan und den deutschen Lastenausgleich sowie „Aufbau Ost“ seinerzeit in Deutschland).

7. Geldreformen einleiten zur Währungsstabilisierung: Abschaffung des Zinseszins (als Hauptursache für die zwanghafte Geldvermehrung), evtl. „Expressgeld“ in Griechenland als staatliches Regionalgeld (alternativ zum Rückzug auf Drachme, zum Verbleib Griechenlands in der Eurozone mit Entspannung der Situation und Vorteile für Wirtschaftsaufschwung), Unterstützung der örtlichen Regionalgeld-Initiativen in den einzelnen Regionen Europas (zur Stärkung regionaler Wirtschaftskraft im Euro-Raum unabhängig von Währungsschwankungen), Einführung von sog. „Vollgeld“ (Ausweitung der gesetzlichen Zahlungsmittel und Geldschöpfung nur noch durch gemeinwohlverpflichteter Zentralbank statt von Eigeninteressen verfolgenden Geschäftsbanken); Unterstützung der attac-Aktion: „Banken wechseln“.

8. Soziale Sicherheit und Kaufkraft für die Menschen schaffen - durch Grundeinkommen und Mindestlöhne: Kräftige Lohnerhöhungen, Gewährleistung tarifgerechter Löhne, Beendigung des Lohndumpings insbesondere im Exportland Deutschland (sowie schrittweise Angleichung der Löhne und staatlichen Sozialleistungen in Europa nach den jeweiligen Lebenshaltungskosten); europaweites Verbot der Leiharbeit; Erhöhung der Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit; soziale Grundsicherung für alle Europäer durch bedingungsloses Grundeinkommen und armutsfeste Renten...

9. Demokratisierung der Wirtschaft und eine solidarische Gemeinwohlökonomie: Striktere Abgrenzung statt Vermischung zwischen Politik und Wirtschaft; Einrichtung eigener Wirtschaftsräte als demokratische Beratungs- und Mitgestaltungsorgane (Wirtschaftsdemokratie); Stärkung der Mitbestimmung in allen Unternehmen; Stärkung der gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten; Ablösung des Bruttoinlandproduktes als wirtschaftlichen Erfolgsmaßstab durch Wohlstandsindikatoren; Stärkung des Non-Profit-Sektors, stärkere Kontrolle von Qualitäts- und Sozialstandards in Produktions- und Dienstleistungsbetrieben mit Transparenz der Prozesse, Bildung von Assoziationen zwischen Produzenten, Händlern und Verbrauchern, Stärkung der Verbraucherschutzes und der Verbraucherrechte sowie der Verbraucherberatung; verschärfte Haftungsregelungen für Produzenten und Dienstleister.

10. Aufklärung über Wirtschaftszusammenhänge als notwendiges Bildungs- und Weiterbildungsprogramm: Verpflichtende Einführung von Rechts- und Wirtschaftskunde in allen Schulformen und Studiengängen, gezielte Ausweitung der Weiterbildungsprogramme über volks- und gesamtwirtschaftliche (nicht nur betriebswirtschaftliche) Zusammenhänge zur Erlangung von Wirtschaftskompetenz und Beurteilungsfähigkeit. Kurzum: Behebung des ökonomischen Analphabetentums und Einstieg in die Gemeinwohlökonomie, indem wir das Wirtschaftssystem von Grund auf neu denken lernen.

Nirgendwo sind die Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten so sehr lebensnotwendig aufeinander angewiesen und voneinander abhängig wie im globalen Wirtschaftsleben: Einer für alle, alle für einen. In der arbeitsteiligen Gesellschaft wäre der Einzelne heutzutage gar nicht mehr lebensfähig ohne diese Solidarität.

Die konkrete Umsetzung der Ideale der französischen Revolution ist notwendiger denn je: **Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben, Gleichheit im Rechtsleben und Freiheit im Geistesleben.** Das muss über allem stehen - sonst ist Griechenland bald wirklich überall. Griechenland sei Dank ist diese Krise auch eine große Chance zum Umdenken.

Über den Autor

Wilhelm Neurohr (Jahrgang 1951) ist Personalratsvorsitzender und Agenda 21-Beauftragter der Kreisverwaltung Recklinghausen, Mitglied des ver.di Personalräteausschusses NRW und des Bezirksvorstandes für den Fachbereich Gemeinden, aktiv bei Attac Ruhrgebiet und seit der Gründung in der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Er ist Autor des Buchs: Ist Europa noch zu retten? (Pforte-Verlag). Werdegang: Nach 5-jähriger Tätigkeit und Ausbildung im Bergbau auf dem 2. Bildungsweg Studium der Bergbauvermessung, der Architektur und des Städtebaus / Bio- und Geowissenschaften, Ökologie sowie Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften, Abschluss als Dipl.-Ing. für Städtebau und Landesplanung), 20 Jahre Berufstätigkeit im Amt für Planung, Natur- und Umweltschutz mit Anwendung des EU-Umweltrechtes; Redenschreiber für verschiedene Landräte und Regionalpolitiker.